

# Leimen bedauert das Nein aus Heidelberg

*Gemeinschaftsschule St. Ilgen stößt bei Nachbarn auf wenig Gegenliebe – Beim pädagogischen Konzept gab es positive Signale*

Von Thomas Frenzel

**Leimen.** „Wir nehmen die Entscheidung zur Kenntnis“, sagt Michael Ullrich. Und weiter: „Wir hätten uns etwas anderes gewünscht.“ Mit diesen Sätzen reagiert der Sprecher der Großen Kreisstadt gestern auf einen Beschluss des Heidelberger Gemeinderats vom Vorabend: Die Heidelberger hatten mehrheitlich die Umwandlung der Geschwister-Scholl-Schule im Leimener Stadtteil St. Ilgen in eine Gemeinschaftsschule abgelehnt (vgl. Heidelberger Nachrichten). Diese Aufwertung der bisherigen Scholl-Werkrealschule strebt Leimen möglichst schon zum Schuljahresbeginn 2018/19 an.

Seit die Landesregierung vor fünf Jahren die Einrichtung von Gemein-

schaftsschulen ermöglichte, wurde in Leimen um dieses Schulmodell gerungen. Mal scheiterte das Ja im Gemeinderat an den nötigen Millioneninvestitionen, mal ganz profan an Abstimmungsspannen. Im April 2017 kam es dann zu dem klaren Bekenntnis: Die Scholl-Schule soll zu einer Gemeinschaftsschule ausgebaut werden, und zwar zu einer dreizügigen, und mittelfristig auch einen gymnasialen Zug anbieten.

Die Scholl-Schule hatte da schon längst ihre Hausaufgaben gemacht, wie Schulleiterin Konstanze Stöckermann-Borst betont. Das Lehrerkollegium hatte bereits das pädagogische Konzept erarbeitet, das nun bei der zuständigen Schulbehörde eingereicht wurde. Und vor den großen Schulferien ging die Visita-

tion über die Bühne: Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe und des Schulamtes nahmen die St. Ilgener Schule unter die Lupe. Einen Tag lang musste die Schule ihr Konzept erläutern, es wurde mit Eltern und Schülern gesprochen, die Leimener Stadtspitze stand Rede und Antwort. „Es war eine hochkarätige Runde“, sagt Stöckermann-Borst und auch, dass es von dieser Runde „sehr positive Rückmeldungen“ gab.

Umso mehr bedauert Stadtsprecher Ullrich das Heidelberger Nein, zumal es nicht das einzige war: Bei der nun abgeschlossenen Anhörung der Nachbarkommunen hatten sich auch Nußloch und Wiesloch negativ geäußert. Zustimmung kam indessen von Sandhausen, Bammental und Walldorf. Nicht verkneifen

kann sich Ullrich den Hinweis, dass Heidelberg – als dort die Gemeinschaftsschulen in Kirchheim und Boxberg eingerichtet wurden – die Leimener Meinung dazu nicht abgefragt hatte.

Jetzt liegt der Ball bei den beteiligten Kommunen und dem Regierungspräsidium. Kommt es bei diesem Schlichtungsverfahren zu keiner einvernehmlichen Lösung, ist das Kultusministerium gefordert. Stadtsprecher Ullrich erwähnt in diesem Kontext, dass Leimen die für eine Gemeinschaftsschule geforderte Zweizügigkeit mit 40 Schülern aus eigener Kraft stemmen könne. Weshalb auch Stöckermann-Borst hofft, mit ihrer Schule dabei zu sein, wenn das Kultusministerium am 1. Februar 2018 die neuen Gemeinschaftsschulen bekannt gibt.